

ARBEITSÜBEREINKOMMEN

für die LEGISLATURPERIODE 2016 – 2020

Bludener Volkspartei – „Offene Liste Bludenz – Die Grünen“

Stand: 22.03.2016

Bludenz macht sich auf den Weg: Bludenz 2020

Die zentralen Zukunftsbausteine für die Entwicklung unserer Stadt.

**PRÄAMBEL
GESELLSCHAFT
NACHHALTIGKEIT
FINANZEN
PROJEKTE
STADTENTWICKLUNG**

PRÄAMBEL

Mit unserem Arbeitsübereinkommen 2016 bis 2020 schaffen wir die Grundlage dafür, dass sich die Rahmenbedingungen für die Entwicklung unserer Stadt weiter verbessern: Bludenz moderner, noch lebenswerter und sozial gerechter gestalten, die Schönheit der Altstadt bewahren und noch stärker zur Geltung bringen, das soziale Miteinander fördern und festigen. Dies sowie eine zukunftsorientierte Finanzpolitik und eine aktive Wirtschaftspolitik sind die wesentlichen Bausteine einer zeitgemäßen Stadtpolitik.

Wir laden die anderen Parteien ein, unser Arbeitsprogramm für ein lebenswertes Bludenz zu unterstützen und aktiv mitzuarbeiten.

- Bludenz ist die Bezirkshauptstadt und dementsprechend gilt es vernetzend aufzutreten. Die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden soll weiter vertieft werden. Ein regelmäßiger Informationsaustausch wird angestrebt.
- Die Stadt Bludenz besticht durch eine hohe Leistungsdichte. Zudem sind in den letzten Jahren vernünftige Impulse gesetzt worden (Eichamt, Innenstadt sowie zahlreiche Kanalmaßnahmen, Susi-Weigel-Kindergarten, Betreutes Wohnen, Rettungsheim etc.).
- Grundlage politischen Gestaltens ist eine gesunde finanzielle Basis. Dementsprechend werden wir das Budget durchforsten und klar definieren, wofür die Stadt finanziell zuständig ist, welche Bereiche hinkünftig gefördert werden und welche Projektziele umgesetzt werden sollen.
- ÖVP und OLB bekennen sich zu einem transparenten Zusammenwirken und zu einem fairen Umgang miteinander und mit der Stadtverwaltung.
- Grundsatzbeschlüsse in der Stadtvertretung müssen auf der Basis einer soliden Finanzplanung basieren.
- **Wir sehen Bildung als die wesentliche Investition in die Zukunft. Wir wollen die schulische Infrastruktur zügig auf die modernen Lehr- und Lernformen sowie ganztägige Schulformen abstimmen.**

GESELLSCHAFT

Bildung

Die Bildungslandschaft befindet sich im Wandel, neue Lehr- und Lernformen erfordern die Adaption der schulischen Infrastruktur. An mehreren städtischen Schulen gibt es Raumbedarf, in der VS St. Peter fehlt ein Turnsaal. Im Sprengel Obdorf entstehen 300 Wohneinheiten, sodass mit einem Anstieg an Schüler/innenzahlen in den nächsten Jahren zu rechnen ist. Die Stadt ist Schulerhalter und wird dieser Aufgabe nachkommen. Die Verbesserung der schulischen Infrastruktur hat Priorität vor anderen Investitionen, die noch nicht beschlossen worden sind.

Bis Sommer 2016 erarbeitet die AG Infrastruktur unter Stadträtin Mag.a Karin Fritz für die Bludener Schulen Masterpläne. Diese sollen in der Stadtvertretung beschlossen und etappenweise in den nächsten Jahren umgesetzt werden. ÖVP und OLB einigen sich nach Vorliegen des Konzepts und entsprechend den finanziellen Möglichkeiten auf einen Zeitplan in der zweiten Jahreshälfte 2016. Das Gesamtkonzept der AG Infrastruktur befasst sich mit den Möglichkeiten, vorhandenen Raum anders zu nutzen. Die Schulen sollen für neue Lehr- und Lernformen sowie ganztägige Unterrichtsformen bestmöglich ausgestattet werden. Die Betrachtung erfolgt auch standortübergreifend. Auch Sprengelverschiebungen werden in die Überlegungen einbezogen. Die Koalitionspartner sind sich bewusst, dass die VS St. Peter nur bedingt ausbaufähig, die Turnsaallösung überfällig und diese Schule deshalb vorrangig zu behandeln ist. Auf Basis des Gesamtkonzepts der AG Infrastruktur wird für diese Volksschule eine langfristig gute Lösung umgesetzt, das kann auch ein Neubau sein.

Weiters wird vereinbart:

- Weiters stehen Pausenhofgestaltungen in Bings, St. Peter, Obdorf und bei der NMS an.
- Der Sanierungsbedarf des Don Bosco-Kindergarten wurde erhoben. Es wird eine Übernahme der Trägerschaft durch die Stadt angestrebt. Es besteht Einigung, dass eine Sanierung und Erweiterung in den nächsten Jahren entsprechend der finanziellen Mittel erfolgen soll. Voraussetzung ist die Klärung der Trägerschaft.
- Zudem werden Kleinprojekte, die sich beispielsweise aus dem „Netzwerk mehr Sprache“ ergeben, im Bildungsbereich ermöglicht. Dabei soll das Zusammenwirken von Bildung, Kultur und Integration forciert werden. Spätestens ab 2017 soll ein Kinderspielefest mit kreativem Anspruch in Bludenz realisiert werden.
- Maßnahmen im Bereich „Elternbildung“ (z.B. Eltern-Kind-Treffs) und „frühe Sprachförderung“ werden umgesetzt, dabei wird auf die Effizienz der Projekte besonders geachtet. Auf eine weitere gute Zusammenarbeit mit der Volkshochschule wird Wert gelegt.
- Beim Kinderhaus Mücke wird eine Isolierung des Dachs geprüft. Es besteht die Möglichkeit, bei der Kinderbetreuung eine zweite Gruppe zu eröffnen und den Schülerhort dort weiter zu führen.
- Räumlichkeiten für weitere Kleinkindbetreuungen (zusätzlich zur Raiffeisenstraße) werden angestrebt.
- Eine Neustrukturierung und Erweiterung der Tourismusschule bleibt ein wichtiges Anliegen, ebenso wird das Ansinnen des Landes zum Bau einer neuen Landesberufsschule als positiv betrachtet.

Bludenz sozial und gerecht gestalten

Bei allen Betreuungseinrichtungen im Bildungsbereich (Kleinkinderbetreuung, Kindergärten, Schülerbetreuung) werden die Elternbeiträge sozial gestaffelt. Weiters wird vereinbart:

- An verschiedenen Schulstandorten (Poly, NMS) gibt es Schulsozialarbeit, um jungen Menschen zeitgerecht und niederschwellig Unterstützung bieten zu können.
- Die Gemeinwesenarbeit in den großen Wohnsiedlungen wird weiter geführt.
- Wir bekennen uns zu geförderten Arbeitsplatzmodellen (z.B. Eichamt, Jugend am Werk).

Jugendbereich, Offene Jugendarbeit

ÖVP und OLB bekennen sich zu einem vielfältigen und hochwertigen Angebot für die Jugend. Jugendliche brauchen Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten, darauf soll in den kommenden Jahren besonderes Augenmerk gelegt werden (siehe Umsetzung des Spiel- und

Freiraumkonzept, Stadtteilarbeit). Dementsprechend sind die Jugendvereine, die Offene Jugendarbeit und das AHA wichtige Partner der Stadt.

Bis Ende 2016 gilt es folgende Parameter im Kontext der Villa K zu prüfen:

- Die Villa K bietet den Jugendlichen einen Ort zum Austausch, für verschiedenste Aktivitäten und Projekte. Das Angebot der Villa K wird auf den städtischen Bedarf hin evaluiert.

Weiters verfolgen die Koalitionspartner folgende jugendorientierte Themen:

- In der Remise finden Jugendveranstaltungen statt, die weiter ausgebaut werden sollen. In diesem Kontext soll es verstärkt zu einer Zusammenarbeit der Villa K, des Vereins allerArt und der Bludenz Kultur GmbH kommen.
- Auf die Vermittlungsarbeit (insbesondere Verein allerArt) wird besonderes Augenmerk gelegt.
- Bludenz ist eine Schulstadt und bietet Jugendlichen mit dem AHA eine Anlaufstelle bei vielen Jugendanliegen. Das AHA ist zudem eine landesweite Einrichtung, es gilt mit dem Land Vorarlberg sowie den umliegenden Gemeinden Gespräche über die künftige Finanzierung zu führen.
- Der Jugendbeirat der Stadt Bludenz wird neu ausgerichtet. Dieser soll als Think Tank bei jugendrelevanten Themen die Stadt Bludenz beraten.

Kultur

ÖVP und OLB bekennen sich zu einem breiten Kulturbegriff und reagieren mit den Angeboten auf eine sich im Wandel befindliche Gesellschaft. Die Bludenz Kultur GmbH versteht sich als Dienstleister und ist bestrebt, in Abstimmung mit der Stadtpolitik und der Stadtverwaltung die idealen Rahmbedingungen für Kulturschaffende, Kulturvereine und Kulturveranstaltungen zu bieten. Weiters wird vereinbart:

- Der Verein allerArt ist ein wesentlicher und professionell auftretender Kulturverein, der weit über die Stadtgrenzen hinaus strahlt. Dem Verein allerArt wird Planungssicherheit zuerkannt.
- Weiters wird im Laufe dieser Legislaturperiode die Rollenverteilung der Bludenz Kultur GmbH und des Vereins allerArt in Bezug auf die Bespielung und Verwaltung der Remise Bludenz geprüft.
- Programmkino: Im Sinne eines vielfältigen Kulturangebotes und eines breiten Kulturspektrums wird ein Kinoabspielgerät angeschafft. Ziel bleibt eine Kinoförderung des Landes Vorarlberg.
- Kulturvermittlung und kulturelle Bildung sollen hinkünftig eine noch größere Rolle im Kulturangebot der Stadt Bludenz spielen. Dabei gilt es den Verein allerArt als strategischen Partner in die Überlegungen mit einzubinden.
- Die regionale Zusammenarbeit soll sich im Bereich der Musikschulen verbessern, insbesondere gilt es die Achse Bludenz – Bürs wieder zu stärken.
- Die Idee eines „Nomadischen Museums“ in Abstimmung mit dem Geschichtsverein Region Bludenz soll weiter ausgebaut werden. Zudem gilt es mit dem Land Vorarlberg die Möglichkeit eines Industriemuseums (eine Möglichkeit wäre die „Alte Spinnerei“ der alten Klarenbrunnfabrik) zu prüfen. Zu verfolgen sind insbesondere temporäre Schwerpunkte wie eine Jakob-Jehly-Ausstellung 2017 in Zusammenarbeit mit dem vorarlberg museum und dem Verein allerArt.

Vereinsförderungen

Nach dem Vorbild der Fördervereinbarung mit dem Kulturverein allerArt sollen ab sofort einer Fördersumme von EUR 5.000,- schriftliche Fördervereinbarungen ausgearbeitet werden. So werden Mehrjahresförderungen möglich, die den Vereinen und Organisationen

Planungssicherheit geben. Die städtische Verwaltung wird dementsprechende Tätigkeitsberichte und einen finanziellen Leistungsnachweis einfordern.

Integration / Asylwesen / Migration

ÖVP und OLB bekennen sich zu einer konstruktiven Integrationsarbeit um das Miteinander zu stärken und zu einem interkulturellen Zusammenleben. Ein fairer Umgang mit Flüchtlingen wird gewährleistet. Es gilt jedoch festzuhalten, dass landesweit eine faire Aufteilung der Flüchtlinge zu erfolgen hat. Zudem wird vereinbart:

- Erfolgreiche Integration ist eng mit Bildung verbunden. Aus dem „Netzwerk mehr Sprache“ sollen Projekte entwickelt werden, die die Integration fördern.
- Integration ist eine Querschnittmaterie, die bei allen Entscheidungen mitgedacht wird.
- Fortführung des „Marktes der Kulturen“
- Willkommenskultur wird ausgebaut (wertschätzender Umgang mit Vielfalt, Aufschrift „Willkommen in Bludenz“ an den Türen des Bürgerservices im Rathaus in mehreren Sprachen)
- Das Geburtspaket wird insbesondere um Lesematerial erweitert.
- Gemeinwesenarbeit ist Teil des städtischen Selbstverständnisses (Siedlungsarbeit).
- Die Thematik der Flüchtlingsbewegungen beschäftigt uns fortlaufend. Auf diese zum größten Teil nicht absehbaren Entwicklungen wird in enger Abstimmung mit allen Fraktionen und der Stadtverwaltung reagiert. Federführend in diesem Kontext ist der zuständige politische Integrationsreferent.

Die Österreichische Verfassung ist der Ausdruck unseres Wertesystems. Diese gilt es einzuhalten. Ziel ist es, Zuwanderern eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen.

Wohnen

- Betreute Wohneinheiten gilt es bei Neubauprojekten immer ins Auge zu fassen.
- Bei der Wohnungsvergabe werden soziale Aspekte berücksichtigt sowie die Richtlinien des Landes schnellstmöglich umgesetzt.

Bekanntnis zu Gendergerechtigkeit

- Wir bekennen uns zu Gendergerechtigkeit. Einer Mitarbeiterin im Rathaus, die dafür Interesse aufbringt, werden die Aufgaben als Gleichstellungsbeauftragte zugewiesen.
- Bei Integrationsprojekten wird auch darauf Wert gelegt, das Bewusstsein für das Thema „Frauenrechte in unserer Gesellschaft“ zu schärfen. Es geht um das Bekenntnis zu unserer Verfassung, insbesondere zur Gleichstellung von Mann und Frau.

Stadtpolizei

Bludenz ist eine sichere Stadt. Wir bekennen uns dazu, „unseren“ Beitrag zu diesem Empfinden zu leisten.

- Sicherheit ist Bundeskompetenz. Die Mehrheit der Österreichischen Gemeinden leistet sich keine Sicherheitswache.
- Sicherheit hat unterschiedlichste Dimensionen. Unter der Führung der ÖVP soll die AG Stadtpolizei die Aufgabenfelder der städtischen Sicherheitswache detailliert darstellen, es gilt die ureigensten Kompetenzen einer städtischen Sicherheitswache aufzuzeigen.
- Es gilt festzuhalten, dass eine zusätzliche Sektorstreife der Bundespolizei von Seiten des Bundes eingefordert wird.
- Zeithorizont: Juni 2017

NACHHALTIGKEIT

Umwelt

Die aktuell bestehende Umweltarbeitsgruppe, die sich vordergründig mit dem Ausbau der Photovoltaik beschäftigt, wird mit Vertreter/innen aller Fraktionen besetzt.

- Der Ausbau der Photovoltaik bleibt ein Thema, erst im Februar 2016 wurden Photovoltaikanlagen auf dem Dach des Valblu und der Neuen Mittelschule beschlossen, weitere Standorte werden fortlaufend geprüft.
- Ebenso wird im Jahr 2016 ein Beitritt zu den E5-Gemeinden geprüft, da bereits viele grundlegende Maßnahmen realisiert wurden. So wurde beispielsweise die städtische Beleuchtung auf LED umgestellt.
- Ladestationen für E-Automobile und E-Bikes werden aktuell erweitert, etwaige Erweiterungen werden fortlaufend geprüft.
- Der Baumbestand im öffentlichen Raum ist zu erhalten und zu erweitern.

Abfallwirtschaft

Mit dem ASZ wurde eine richtungweisende Investition umgesetzt. Es soll in der Stadt kein weiterer Bauhof (für Gartenabfälle) angeboten werden. Die Fläche der ehemaligen Grünmüll-Abgabestelle soll verwertet werden.

Fuhrpark der Stadt Bludenz

Die Stadt soll Vorbild in der Nutzung von E-Automobilen werden. Vor jeder Neuanschaffung wird der Nutzen einer Anschaffung eines E-Automobils geprüft.

Ringbus Bürs – Bludenz - Nüziders

Ein Ausbau des Stadtbusses auf die Ortsgebiete von Bürs und Nüziders wurde bereits im REK niedergeschrieben. Erste Gespräche haben mit den Nachbargemeinden stattgefunden, es gilt festzuhalten:

- Der Ringbus ist kein Werksverkehr für Bürs und Nüziders.
- Die zusätzlichen Jahreskosten von rund EUR 300.000,- müssen von den Nachbargemeinden getragen werden.
- Es bestünden Ressourcen des bestehenden Personals und der Fahrzeuge jeweils ab 8 Uhr morgens.

Zeithorizont: Bis Mitte 2017 soll ein Konzept gemeinsam mit den Gemeinden Bürs und Nüziders ausgearbeitet werden. Sollte es keine Lösung mit Bürs und Nüziders geben, spielt dieses Projekt in der Legislaturperiode bis 2020 keine Rolle mehr.

Bludenz für Radfahrer/innen und Fußgänger/innen sicherer und attraktiver machen

Ein Konzept für allfällige Umsetzungsmaßnahmen für den Ausbau der Sicherheit für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen wurde im März 2016 beschlossen. Die Koalitionspartner bekennen sich dazu, dass sie geeignete Maßnahmen zügig umsetzen wollen (Bodenmarkierungen, Beschilderung, Einbahnregelung, Geschwindigkeitsbeschränkungen). Damit kann auch die Attraktivität der Stadt für die Bewohner/innen und Besucher/innen erhöht werden. Weiters wird vereinbart:

- Es gilt den nicht motorisierten Verkehr auszubauen.
- Alternative Mobilitätsformen (Bus, Fahrrad und Fußgänger) werden konsequent gefördert.
- Vor sämtlichen Schulen wird Tempo 30 geprüft.

- Bei Straßenerneuerungen bzw. Umbauten wird der Radverkehr berücksichtigt. Im Zuge der Begleitmaßnahmen zur Umsetzung der L190 werden ebenfalls Maßnahmen für einen sicheren Radverkehr umgesetzt.

FINANZEN

Ziel ist es, dass das städtische Budget von allen Fraktionen getragen wird. Die Finanzarbeitsgruppe bietet die Grundlage dafür. Teil der gemeinsamen Strategie ist eine jährliche Evaluierung der Mittelfristplanung.

Die Spielräume für kommunale Finanzen werden generell enger, Ertragsanteile steigen nicht, die Einnahmen aus der Kommunalsteuer decken die steigenden Kosten im Sozial- und Gesundheitsbereich nicht. Wir bekennen uns zur Verantwortung der Stadt im Bereich Pflege, Gesundheit, Soziales. Es gilt jedoch mit gezielten Maßnahmen und Schwerpunkten der wachsenden Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen entgegenzusteuern. Was ist die Pflicht der Stadt, was sind die künftigen Herausforderungen?

Es gilt auch festzuhalten, dass in den vergangenen Jahren vernünftige Investitionsmaßnahmen getätigt wurden, beispielsweise der Bau des Susi-Weigel-Kindergartens, des Eichamts, des Rettungsheimes oder zahlreicher Kanalsanierungsmaßnahmen, ebenso bekennen sich beide Fraktionen zur Sanierung des Freibades Valblu.

Bildung ist eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Die Stadt als Schulerhalter nimmt diese Verpflichtung ernst. Ein wesentlicher Teil der vorhandenen und neu zu schaffenden finanziellen Freiräume für Investitionen kommt dem Bildungsbereich zu Gute (ausführliche Darstellung im Kapitel Gesellschaft/Bildung).

Neuordnung der städtischen Finanzen

ÖVP und OLB bekennen sich zur Neuordnung der städtischen Finanzen begleitet durch die ICG (Integrated Consulted Group). Dadurch sollen zusätzliche Freiräume für Investitionen zur gezielten Weiterentwicklung der Stadt Bludenz geschaffen werden. Auf Basis der Erkenntnisse sollen erste Maßnahmen dieser Neuordnung des städtischen Haushalts bereits im Budget 2017 umgesetzt werden.

Im Fokus:

- Synergiepotenziale und mögliche Effizienzsteigerungen
- Anonymer Briefkasten für die Mitarbeiter/innen mit Vorschlägen zu Einsparungen

Personal

Die städtische Personalverwaltung wird bis Ende 2016 einen Stellenplan samt detaillierten Stellenbeschreibungen ausarbeiten. Darauf aufbauend wird ein Organigramm samt Aufgabenorganisation und einer Prozesslandkarte erarbeitet (2017). Ziel ist zudem die Erarbeitung eines Fore-Cast der Personalentwicklung bis 2025. Es wird festgehalten:

- Nachbesetzungen werden permanent auf den Bedarf hin evaluiert. Generell gilt, dass mit Neuanstellungen sparsam umgegangen wird. Einsparungen dürfen jedoch nicht auf die Qualität gehen.
- Besetzung von Abteilungsleiter/innen und Geschäftsführer/innen erfolgt durch eine Kommission bestehend aus mindestens einer/m Vertreter/in aller Fraktionen.
- Die Tätigkeitsfelder werden kontinuierlich hinterfragt, Synergien innerhalb der städtischen Verwaltung und den ausgelagerten Gesellschaften gilt es herbeizuführen.

- Insbesondere der Bereich der Kleinkindbetreuung gilt es im Auge zu behalten, da sich mit der landesweiten sozialen Staffelung der Bedarf um ca. 10 – 15% erhöhen wird.

Gebühren

Die Gebühren werden bis zum Ende der Legislaturperiode maximal im Rahmen der Inflationsabgeltung des jeweiligen Vorjahres angehoben. Familien mit Kleinkindern bis zu 3 Jahren bekommen ab 2017 eine Rolle Müllsäcke pro Jahr gratis.

Frankenkredite

Es wird ein etappenweiser Ausstieg aus den Frankenkrediten geben. Kurzfristig soll aus den Krediten mit kurzer Laufzeit ausgestiegen werden. Ein Exitszenario der Kredite mit langer Laufzeit wird kurzfristig zu beschließen sein. Es wird angestrebt einen Konsens über alle Fraktionen hinweg zu erzielen. Zeithorizont für den Komplettausstieg: 5 bis 10 Jahre

Vermögens- und Beteiligungsmanagement

Sämtliche städtischen Immobilien werden im Laufe der Legislaturperiode 2016 – 2020 durchleuchtet und auf mögliche Investitionspotenziale geprüft. Es gilt zu prüfen, ob und welche städtischen Immobilien wirtschaftlich Sinn machen. Wir bekennen uns jedoch dazu, dass wir "kein Familiensilber" veräußern werden. Weiters gilt:

- Es gilt zu prüfen, ob die Immobilienverwaltung an externe Dienstleister vergeben werden kann, um marktkonforme Mieten zu erhalten.
- Mit sämtlichen städtischen Beteiligungsgesellschaften sollen Finanzierungsverträge auf Basis von Businessplänen abgeschlossen werden (Stadtmarketing, Kultur, Valbu).
- **Sollten ansprechende Immobilien und Grundstücke am Markt erhältlich sein und eine mögliche Verwertung (Wohnbau oder gewerblich) realistisch erscheinen, gilt es auch außerhalb von Jahresbudgets Ankäufe zu tätigen. So kann die Stadt auch aktiv weiterentwickelt werden.**

P R O J E K T E

Valblu

Wir bekennen uns zum Valblu. Den Umbau des Freibades werden wir qualitativ, aber nicht übertrieben, im Sinne der Bevölkerung von Bludenz und der Region vorantreiben. Es gilt äußerste Kostendisziplin einzufordern. Festzuhalten ist weiters:

- Wir bekennen uns zum 50 Meter-Becken mit 8 Bahnen, wenn das Land Vorarlberg bzw. der Bund zumindest eine 30%-Sportförderung für das Sportbecken zusichern.
- Die Umlandgemeinden sowie das Land Vorarlberg sollen in die Finanzierung mit eingebunden werden, da das Valblu eine überregionale Bedeutung hat. Eine dementsprechende Gästebefragung wird das aufzeigen.
- Die Ausbaupläne für den Sauna-Bereich sowie das Hotel und das Hallenbad haben in Legislaturperiode bis 2020 keine prioritäre Bedeutung.

L190

Bludenz hat im Vergleich zu allen anderen Vorarlberger Städten kein Verkehrsproblem.

- Im Zuge einer möglichen Realisierung der L190 wären Grundablösen von 3 bis 4 Mio Euro sowie möglicherweise Enteignungen notwendig.
- Die Prüfung im Hinblick auf die Verordnung eines Korridors durch das Land Vorarlberg ist derzeit im Gange.

- Die Stadt Bludenz wird begleitende Maßnahmen prüfen, beispielsweise eine Begegnungszone an der Postkreuzung.

Die L190 wird in der Legislaturperiode 2016 – 2020 im Auge behalten, eine Umsetzung wird bis 2020 nicht forciert.

Tennishalle

Der Vertrag für die Tennishalle endet 2016. ÖVP und OLB bekennen sich zum Erhalt der Tennishalle und zu einem aktiven Tennisclub Bludenz. Es besteht das Angebot diese Halle vom Betreiber um EUR 50.000,- zu erwerben. Allfällige Investitionsmaßnahmen werden von der städtischen Verwaltung geprüft. Durch den Erwerb der Halle ergeben sich folgende Perspektiven:

- Die Stadt erspart sich eine Miete für die Schülerbetreuung im Gebäude.
- Es soll rasch geprüft werden, ob eine weitere Kinderbetreuungseinrichtung im Gebäude eingerichtet werden kann. Es würden keine weiteren Personalkosten entstehen.
- Durch die Übernahme kann der Gastronomiebetrieb in der Halle verpachtet werden, ebenso würde der Tennisclub Bludenz eine Hallenmiete übernehmen.
- In der Legislaturperiode 2016 – 2020 gilt es zudem zu prüfen, ob eine neue Tennis- und Mehrzweckhalle an diesem Standort Sinn machen würde. Eine Umsetzung dieses Projekts hat in dieser Legislaturperiode jedoch keine Priorität.

Ankauf des Postbusareals am Bahnhof

Der Ankauf des Postbusareals im Ausmaß von 10.000 m² zur Schaffung von Erweiterungsmöglichkeiten bestehender Betriebe bzw. zur Ansiedelung neuer Betriebe soll durch die Stadt Bludenz konsequent verfolgt werden.

Quartiersentwicklung „Alter Bauhof“

Für den Ankauf des Stadtsaals hat die Stadt ein Vorkaufsrecht. Dbzgl. soll es fortlaufend Gespräche mit dem katholischen Bildungsverein geben. Bis zum Ende der Legislaturperiode 2016 – 2020 soll ein stimmiges Verwertungskonzept dieses Quartiers, insbesondere des „Alten Bauhofes“, vorliegen.

Kommunikation: Bludenz.Digital

Die Gesellschaft entwickelt sich in einem rasanten Tempo, was sich insbesondere durch die Digitalisierung manifestiert. Dadurch verändern sich die Wahrnehmung und das Nutzungsverhalten, was auch direkten Einfluss auf das Arbeitsleben hat. Die Stadt Bludenz wird sich diesem Trend nicht verschließen und insbesondere bei den zuständigen Betreibern den konsequenten Ausbau des Breitbandes einfordern. Eine proaktive Kommunikation der Stadt Bludenz ist oberstes Gebot. Es wird vereinbart:

- Eine neue, zeitgemäße Website soll spätestens 2017 umgesetzt werden.
- Das Formularwesen soll verstärkt online abrufbar werden.
- „Bludenz aktuell“ gilt es bis Ende 2017 neu zu gestalten.
- Die Optimierung der Kommunikation via sozialer Netzwerke soll zeitnah umgesetzt werden.

S T A D T E N T W I C K L U N G

Die Marke Bludenz

Bludenz ist Bezirkshauptstadt und Ausgangspunkt einer 5-Täler-Region. Dieses Bewusstsein gilt es konsequent zu stärken. Zudem gilt Bludenz als ein **Aktiv-, Sport- und**

Freizeitzentrum. Für die zukünftige Ausrichtung der Marke Bludenz wird es essenziell sein, die bestehenden Stärken und Besonderheiten der Stadtmarke, ihre Charakterzüge und Eigenarten konsequent zu definieren (Work in progress). ÖVP und OLB vereinbaren:

- Durch die Fokussierung einer Aktiv-, Sport- und Freizeitstadt und -region kann ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen, insbesondere für den Bau von gewerblichen Betten, entstehen. Die Marke wird von den Koalitionspartnern in enger Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing GmbH und der Alpenregion Bludenz Tourismus GmbH gemeinsam entwickelt und getragen.
- Bludenz ist das Verwaltungszentrum SÜD, das über die Stadtgrenzen hinaus seine Rolle als Bezirkshauptstadt wahrnimmt: Personal- und Lohnverrechnung, Sozialsprengel, Integration, Stadtpolizei. Diese Aufgabenbereiche gilt es mit den umliegenden Gemeinden immer wieder aufs Neue zu definieren .
- Es wird vereinbart, dass hinkünftig verstärkt versucht wird, gemeinsame Schwerpunktprojekte zwischen Bludenz und den Tälern zu entwickeln (Kultur, Bildung, Handwerk).
- Die Entwicklung zu einer Gesamtregion Bludenz – Bürs – Nüziders bleibt die zentrale Zukunftsherausforderung.
- Das Stadtmarketing ist keine reine Eventagentur, folglich soll der Fokus mehr auf die Kommunikation des Standorts gelegt werden.

Raumplanung

Die Stadt befindet sich in einem markanten Strukturwandel, der neue Handlungsstrategien erfordert. Wir bekennen uns zu einem sorgsamem Umgang mit Grund und Boden und setzen uns für eine innovative und qualitätsorientierte Stadtplanung ein. Weiters wird vereinbart:

- Die Stadtplanung schafft quartierbezogene Leitbilder, die im konkreten Bedarfsfall in Detailbebauungspläne münden können, Baugrundlagenbestimmungen werden weiterhin erarbeitet. Erwähnenswert: Quartiersentwicklung rund um den „Alten Bauhof“, Stadtentwicklungsprojekt „Alte Spinnerei“ in der Klarenbrunnstraße
- Die Stadtverwaltung soll neue Denkwelten eröffnen und qualitätsvollen verdichteten Wohnbau (Nachverdichtungsmaßnahmen) kontinuierlich prüfen. Dies gilt insbesondere für den innerstädtischen Wohnbereich. Auf die Erhaltung von Naherholungsraum ist zu achten (z.B. St. Anna-Spielplatz, Montikel, Illrain).
- Im Bereich Paschg soll es keine Erweiterungen mehr geben.
- Es gilt auch die Fläche der ehemaligen Grünmüllabgabestelle in der Stadt zu hinterfragen, da eine Verwertung als hochwertiger Wohnraum denkbar wäre.
- Wir setzen das Spiel- und Freiraumkonzept gemäß den budgetären Möglichkeiten konsequent um.
- Beim Bau von großen Wohnanlagen sollen öffentliche Belange mitbedacht werden. Quartiersbetrachtung als Planungsinstrument soll angewandt werden. Die daraus resultierenden Anforderungen sind umzusetzen.

Betriebsansiedelung

Betriebsansiedelung hat in Abstimmung von Stadtmarketing bzw. Stadtverwaltung mit der Politik zu erfolgen. Politische Alleingänge sind tunlichst zu vermeiden, da ansonsten der Kommunikationsfluss behindert wird. Folgende Maßnahmen werden fokussiert:

- Spätestens bis Ende März 2017 soll ein Standortpapier vorliegen (Umsetzung: Stadtmarketing)
- Eine Leerstandsdatenbank soll alle Leerflächen in der Innenstadt erfassen und dokumentieren.

- Zudem sollen Möglichkeiten der Zusammenlegung von Flächen geprüft werden.
- Tendenziell vorrangig angesiedelt werden sollen Betriebe, welche in Relation zum Flächenbedarf eine möglichst hohe Anzahl an Arbeitsplätzen schaffen.

Baulandmobilisierung – Entwicklung von Betriebsgebieten

Folgende Projekte gilt es begleitend zu entwickeln.

- Verwertungskonzept der „Alten Spinnerei“ in der Klarenbrunnstraße. Hier könnte ein Gewerbegebiet entstehen, Räumlichkeiten für ein landesweites Industriemuseum wären einzuplanen.
- Das Betriebsgebiet Alfenz gilt es zu prüfen, dabei sind landschafts- und naturräumliche Kriterien ebenso zu betrachten wie wirtschaftliche Interessen.
- Das Tschofen-Haus sowie das „Stadthaus“ in der Werdenbergerstraße gilt es privat zu verwerten. Ein Ankauf und ein Verwertungskonzept seitens der Stadt werden nicht beabsichtigt.
- Etwaig verwertbare Tauschgründe sind anzukaufen (siehe Vermögens- und Beteiligungsmanagement).
- **REK:** Die Ergebnisse des REK sind umzusetzen und einzuhalten. Etwaige Geschäftserweiterungen in den Nachbargemeinden, die im REK nicht vorgesehen sind, sind abzulehnen.

Wirtschaftstandort Bludenz – Stadtmarketing

Die Entwicklung der Innenstadt bleibt ein zentrales Anliegen. Ihre Attraktivität muss permanent gesteigert werden. Die Wirtschaftsförderung wurde bereits erweitert und gilt als Anreizmodell. Dabei gilt es folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Der WIGE gilt es Gehör zu geben und diese ist in Entscheidungsprozesse einzubinden.
- Die Unterstützung bei der Ansiedelung von Fachgeschäften ist eine Hauptaufgabe des Stadtmarketings.
- Eine einheitliche Stadtgestaltung (Styling des öffentlichen Raumes, Gastgartengestaltung) gilt es ab sofort umzusetzen.
- Neu in der Altstadt wird ein Tourismusbüro eingerichtet, die Finanzierung obliegt der Alpenregion Bludenz Tourismus GmbH.

K O A L I T I O N S F R E I E R R A U M

Rodelbahn

Die Stadtvertretung hat mit den Stimmen der ÖVP Bludenz, der „Liste Mario Leiter – Unabhängige – SPÖ Bludenz“ und der FPÖ Bludenz einen Grundsatzbeschluss zur Förderung des Baues der Rodelbahn mit EUR 1,1 Mio (gedeckelt) gefasst. Dabei gilt es festzuhalten:

- Die Stadt Bludenz ist weder Errichter noch Betreiber der Rodelbahn.
- Es gilt mit den Errichtern noch eine Rechtsgrundlage für die Grundfläche zu schaffen, in diesem Zusammenhang gilt es sicherzustellen, dass nach 15 Jahren keine „Bauruine“ zurückgelassen wird.
- Es wird keine weiteren Zuzahlungen an den Österreichischen Rodelverband wie Übernahme von Betriebskosten oder Betriebsabgängen geben.
- Der Österreichische Rodelverband übernimmt eine 15-jährige Betriebsgarantie und wird sämtliche Abgänge tragen.
- Es gibt keine wie immer gearteten Nebenvereinbarungen.

- Es gilt darauf aufmerksam zu machen, dass der vom Österreichischen Rodelverband präsentierte Business Plan vorsieht, dass Bludener Schulkinder zu äußerst günstigen Konditionen die Rodelbahn für den Schulsport nutzen können.
- Mit dem Rodelverein Bludenz gilt es zudem eine Lösung für das Rodelheim zu suchen, denn der Vertrag des Rodelheimes endet 2023.
- Alle diese Vereinbarungen sind in einem Vertrag festzuschreiben.

Bettelverbot, Umwidmung Bings Walch-Gründe:

Die ablehnende Haltung der OLB zu diesen Punkten bleibt aufrecht.

S O N S T I G E S

- Es gilt bis 2020 auch Maßnahmen zur Steigerung der Einnahmen zu ergreifen. Fokus: Mehr Wohnbevölkerung und konsequente Betriebsansiedelung.
- Der Transfersaldo mit dem Land und die Landesumlage werden aktiv hinterfragt.
- Die Stadt kauft weiterhin Fair Trade Produkte (z.B. Fruchtsaft, Kaffee) im Weltladen.
- Bestehende Beschlüsse, die vor dem Koalitionsabkommen getroffen wurden, bleiben aufrecht.
- **Sämtliche nicht dezidiert vereinbarten Punkte bleiben im koalitionsfreien Raum.**
- Es wird vereinbart, dass hinkünftig alle Stadträte (auch jene der „Liste Mario Leiter – Unabhängige – SPÖ Bludenz“ und der FPÖ) in den Stadtratssitzungen unter dem Tagesordnungspunkt „Berichte der Stadträte“ aus ihren Referaten berichten, um so eine transparente Informationspolitik zu gewährleisten.

ÖVP und OLB bekennen sich zu einer zukunftsweisenden Politik mit Blick auf 2025 und laden die übrigen in der Stadtvertretung vertretenen Parteien ein, sich diesem Arbeitsübereinkommen anzuschließen.

Bludenz, 22.03.2016

Die Verhandlungsteams

Für die Bludener Volkspartei:

Für die Offene Liste Bludenz:

Bürgermeister Mandi Katzenmayer

Stadträtin Mag.a Karin Fritz

Klubobmann Luis Vonbank

Klubobmann Mag. Wolfgang Maurer

Stadtrat Dr. Joachim Heinzl

Stadtvertreterin Martina Lehner

Stadtrat Christoph Thoma

Stadtvertreter Mag. Bruno Spagolla